

15.30

Bundesrat Thomas Schererbauer (FPÖ, Oberösterreich): Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute über die Änderung des Tabakgesetzes. Diese Änderung beinhaltet doch einige, für mich sehr fragwürdige, Entscheidungen. Auch aus wirtschaftlicher Sicht sehe ich einige Probleme auf uns zukommen.

Lassen Sie mich einige Beispiele nennen: In der Gastronomie mussten vor Jahren ein Raucher- und ein Nichtraucherbereich eingerichtet werden, was doch einiges an finanziellen Aufwendungen erforderte. Danach konnte der Gast frei wählen, ob er den Raucher- oder Nichtraucherbereich beansprucht. Dies ist jedoch bald Geschichte. Und ob und wie die angefallenen Investitionen der Gastwirte rückerstattet werden, ist ebenfalls noch unklar.

Der Gastwirt muss frei entscheiden können, ob in seinem Lokal geraucht oder nicht geraucht wird. Kein Nichtraucher wird gezwungen, in ein Raucherlokal zu gehen oder umgekehrt. In guten Restaurants wird und wurde ohnehin nie geraucht. Ein Aussterben der Wirtshauskultur ist die Folge. Stammtisch- und Freundesrunden treffen sich aufgrund dieser Verbotskultur in privaten Einrichtungen. Besonders stark zu beobachten war dies in meinem Heimatbezirk Schärding, der direkt an der Grenze zu Bayern liegt. Als in Deutschland das absolute Rauchverbot eingeführt wurde, kamen die deutschen Gäste scharenweise zu uns und hielten bei uns ihre Stammtische ab, weil sie eben, so wie die österreichische Bevölkerung, mehr Freiheit und Selbstbestimmung wollen und keine diesbezüglichen politischen Vorgaben.

Die EU-Richtlinie TPD II, die umgesetzt werden soll, wird sich aller Voraussicht nach auch negativ auf die heimische Wirtschaft auswirken. Die klassische Zigarette, die E-Zigarette und der Kautabak werden auf eine Stufe gestellt. Das ist jedoch fachlich falsch, was auch durch zahlreiche Studien belegt wird. Es gibt nach wie vor keinen wissenschaftlichen Nachweis, dass das Dampfen, sprich Inhalieren einer E-Zigarette gesundheitsgefährdend ist, eine Gefährdung durch Passivrauchen sehe ich in diesem Fall überhaupt nicht; detto die Studie zum Kautabak, der ja auch abgeschafft und verboten werden soll.

In Österreich gibt es bis dato zirka 250 000 Personen, die Konsumenten von E-Zigaretten sind. Dies ist eine Möglichkeit, um vom Rauchen loszukommen, und ein wichtiger Schritt in ein gesünderes Leben. Nachweislich liegt die Erfolgsquote beim Umstieg von herkömmlichen Zigaretten auf die E-Zigarette bei zirka 50 Prozent – im Gegensatz zu Produkten aus der Apotheke, wie zum Beispiel dem Nikotinkaugummi

oder dem Nikotinpflaster, mit denen man sich bei zirka 2 bis 3 Prozent bewegt. Es wird fast der Eindruck erweckt, dass man die Menschen vom Dampfen der E-Zigarette abhalten möchte, um nicht auf die 1,7 Milliarden € an Einnahmen aus der Tabaksteuer verzichten zu müssen. Die Pharmaindustrie spielt da auch keine unwesentliche Rolle.

Weiters soll in diesem Gesetz den österreichischen Unternehmen der Versandhandel mit diesen Produkten verboten werden, egal, ob auf internationaler oder auf nationaler Ebene. Fakt ist, dass weltweit im Internet eingekauft wird. Auch die Menschen in diesem Land werden dies weiterhin tun und diese Produkte kaufen, dann jedoch im Ausland, ohne Steuergeld hierzulande abzuliefern.

Sogenannte Schockbilder, die zukünftig auf den Verpackungen angebracht werden, halten sicherlich auch niemanden wirklich vom Rauchen ab. Informationen über Inhaltsstoffe wie Teer werden nicht mehr angegeben. Es gibt zukünftig ein Werbe-, Sponsoring- und Verkaufsförderungsverbot für Trafikanten. Die Gewinnspanne reduziert sich für die Trafikanten von 18 auf 13 Prozent. Gab es in Österreich vor 30 Jahren noch 11 000 Trafikanten, sind es heute nur noch 2 600. Dies ist zweifelsohne ein schwerer Schlag gegen diesen Berufsstand und die Nahversorgung im Allgemeinen.

Schwer vermisse ich in diesen 61 Seiten den Begriff Jugendschutz. Dabei wäre dies meines Erachtens ein extrem wichtiges Thema, das über alle Fraktionen hinweg von höchster Bedeutung wäre. Kein Schockbild und keine Verbotsflut wird dazu beitragen, Jugendliche vom Rauchen abzuhalten. Ich glaube, es muss in den Familien, Schulen und Vereinen präventiv entgegengewirkt werden. Stattdessen wird erwachsenen Menschen vorgeschrieben, wie sie sich zu verhalten haben.

Es ist mit Sicherheit der falsche Weg, unsere Gesellschaft in Raucher und Nichtraucher zu spalten, aber dieses Gesetz zielt doch sehr stark darauf ab. Raucher, gegen die hier massiv vorgegangen wird, werden sich aufgrund dieser Entwicklung zur Wehr setzen, ebenso E-Zigarettenhändler, Trafikanten und Gastronomen, wobei letztere die Registrierkasse noch nicht wirklich verdaut haben.

Wir alle kennen die Gefahren des Rauchens. Ich selbst bin begeisterter Nichtraucher, aber ich stehe eindeutig zur Wahlfreiheit von erwachsenen Menschen, die selbst entscheiden können und dürfen, was gut oder schlecht für sie ist, denn ob man raucht oder nicht, das ist meines Erachtens keine ideologische Frage. Der ideologische Zugang dazu ist für mich der Begriff der Freiheit und der persönlichen Entscheidungsmacht. Das ist für mich als Freiheitlicher ein unverzichtbarer Teil einer

Demokratie, einer freien Gesellschaft – aber von dieser freien Gesellschaft bewegen wir uns immer wieder ein Stück weiter weg.

Dieses Gesetz bringt uns eben wieder ein Stück weiter zu einer Bevormundungs- und Verbotskultur, die ich so nicht haben will. *(Beifall bei der FPÖ.)* Daher werden wir diesem Antrag keine Zustimmung erteilen. – Vielen Dank. *(Beifall bei der FPÖ.)*

15.35

Vizepräsidentin Ingrid Winkler: Liebe Frau Minister Oberhauser, ich hoffe, du verzeihst mir, dass ich in der Hitze der Abarbeitung der Tagesordnung vergessen habe, dich zu begrüßen. Sei nunmehr auf das Herzlichste begrüßt im Bundesrat!
(Allgemeiner Beifall.)

Zu Wort gemeldet ist Frau Bundesrätin Anderl. – Bitte.